

**A 018 DGB-Bezirksvorstand West**

Beschluss des DGB-Bundeskongresses  
Angenommen als Material zu Antrag A 001

**Aktiv aus der Krise**

Der DGB-Bundeskongress möge beschließen:

Die Deregulierung der Finanzmärkte, die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte, die Privatisierung der Sozialstaatlichkeit, und die Umverteilung von unten nach oben haben uns in eine neue Weltwirtschaftskrise gestürzt. In dieser Krise ist eine Strategie gescheitert, die allein auf exportorientierte Modernisierung gesetzt und den Binnenmarkt geschleift hat. In der Metall- und Elektroindustrie drohen Insolvenzen, stehen Tausende Arbeitsplätze und Existenzen auf dem Spiel.

1. Durch die faire und solidarische Verteilung der Arbeit(szeit) kann das Ziel "keine Entlassungen in der Krise" erreicht werden. Die vereinfachte und verlängerte Kurzarbeit ist das entscheidende Fundament dafür. Zusätzlich sind weitere arbeitszeitpolitische Initiativen erforderlich, wie z.B. die befristete Erweiterung der Möglichkeiten der TV Beschäftigungssicherung, um die Arbeitszeit absenken zu können. Dies erfordert einen angemessenen Teillohnausgleich.
2. In der Krise treten wir ein für die Erhaltung des Ausbildungsangebotes und die Übernahme nach der Ausbildung. Es geht um die Zukunft der jungen Generation und um ein neues Wettbewerbsmodell, das nicht auf Niedriglöhne und prekäre Arbeit setzt. Umso wichtiger ist es Fachkräftemangel zu verhindern, der durch kurzfristiges Kostendenken entstehen würde.
3. Wir stehen vor der Herausforderung, der drohenden Ausweitung von prekärer Beschäftigung und Leiharbeit entgegenzutreten. Was wir nicht verhindern können, muss besser reguliert werden.
4. Durch die Krise darf es nicht zu einem Verlust industrieller Kerne kommen. Der Zugang zu Liquidität muss sichergestellt, Kreditklemmen müssen verhindert werden. Das erfordert eine aktive, verantwortungsvolle und entschiedene Rolle von Bundes- und Landesregierungen. Wir fordern die Einrichtung von Public Equity Fonds, mit denen Unternehmen in der Krise finanziert werden. Banken müssen Kredite zu fairen Bedingungen vergeben, wenn Zukunftsperspektiven vorhanden sind. Wir fordern die Landesregierungen auf, mit Banken, Arbeitsagenturen, Gewerkschaften und Arbeitgebern an der Lösung der Kreditversorgungs- und Eigenkapitalprobleme zu arbeiten.
5. Eine über die tarifpolitischen Möglichkeiten hinausgehende Stabilisierung des Binnenmarktes durch Kaufkraftstärkung ist nötig. Was zur Sicherung der Beschäftigung in der Automobilindustrie funktioniert hat, könnte in anderen sozialen, ökologischen, bildungspolitischen und kulturellen Feldern noch erheblich bessere Ergebnisse zeitigen, beispielsweise im Rahmen eines umfassenden Programms zur Armutsbekämpfung.
6. Die »eingebauten Stabilisatoren« des Sozialstaats wirken, wie auch die Propagandisten der Privatisierung und des Sozialabbaus einräumen mussten. Konfrontiert mit der Forderung der US-Administration, doch auch in Europa größere Krisenbekämpfungsprogramme aufzulegen, haben die im März in London versammelten Staats- und Regierungschefs auf ihre Sozialstaatsausgaben als »Stabilisatoren« gegen ein weiteres Abrutschen in der Krise verwiesen. Sozialstaatspolitik ist die Basispolitik der Demokratie. Deshalb geht es jetzt darum, Fehler der Vergangenheit zu korrigieren, die Fundamente und Säulen unseres Gemeinwesens unter Herstellung von Verteilungsgerechtigkeit neu konstruieren und langfristig zu stabilisieren.
7. Öffentliche Konjunkturpolitik bremst einen Konjunkturabsturz ab. Und: öffentliche Investitionen sind wirkungsvoller als Steuersenkungen. Deshalb treten wir ein einen Ausbau öffentlicher Investitionen und wenden uns gegen Steuergeschenke für Privilegierte.

8. Der Staat darf nicht kleingespart werden, wenn er in der Krise wirken soll. Deshalb treten wir ein für ergiebige Steuern auf Vermögenseinkommen. Sie sichern die Ressourcenausstattung des Staates und verringern die Spekulationsmasse.
9. Der Finanzmarktkapitalismus ist systemisch instabil – und seine Rettung extrem teuer. Deshalb treten wir ein für umfassende regulierende Maßnahmen bis hin zu Eingriffen in die Eigentumsverhältnisse systemrelevanter Finanzinstitute.
10. Wir brauchen eine Neuausrichtung der Unternehmenspolitik – die Orientierung am Shareholder Value hat sich als unternehmerisches Systemrisiko erwiesen. Wir treten deshalb ein für eine nachhaltige Unternehmenspolitik und eine Demokratisierung der Wirtschaft.

Die Weltwirtschaftskrise bietet auch Chancen für Alternativen, zum Beschreiten nachhaltiger, an sozialen und ökologischen Erfordernissen ausgerichteten Entwicklungspfaden. Doch nicht im Selbstlauf. Wenn wir eine Rückkehr alter Gespenster – in welchen längst verbrauchten traditionellen Regierungsformationen auch immer – verhindern wollen, müssen wir eine breite betriebliche und gesellschaftliche Debatte über Auswege aus der Krise und deren soziale Qualität organisieren und vorantreiben.

Der DGB Bundeskongress, die Tarifbewegungen und die Betriebsratswahlen bieten gleichermaßen Anlass und Notwendigkeit, damit sofort zu beginnen.